



# Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

MillionDreams · Inhaberin Monica Deters  
Stand: August 2026

## § 1 Geltungsbereich und Anbieterin

1. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für Verträge zwischen MillionDreams, Inhaberin Monica Deters, Ueckinghovener Straße 1, 41569 Rommerskirchen, Deutschland (nachfolgend „Anbieterin“) und ihren Kundinnen und Kunden (nachfolgend „Kunde“).
2. Sie gelten insbesondere für Veranstaltungen, Seminare, Workshops, Vorträge, Retreats, Coachings, Beratungen, Mentoring- und Begleitangebote, Qualifizierungen, Live-Online-Formate, digitale Inhalte, Mitgliederbereiche, Community- und Clubangebote sowie sonstige von MillionDreams angebotene Leistungen.
3. Kunde im Sinne dieser AGB kann sowohl Verbraucher (§ 13 BGB) als auch Unternehmer (§ 14 BGB) sein. Soweit einzelne Regelungen nur für Verbraucher oder nur für Unternehmer gelten, wird darauf ausdrücklich hingewiesen.
4. Abweichende Geschäftsbedingungen des Kunden gelten nur, wenn die Anbieterin ihrer Geltung ausdrücklich zugestimmt hat.

## § 2 Vertragsschluss und Vertragsinhalt

1. Die Darstellung von Leistungen auf der Website stellt, soweit nicht ausdrücklich anders bezeichnet, noch kein verbindliches Vertragsangebot dar.
2. Ein Vertrag kommt – abhängig vom jeweiligen Buchungsweg – insbesondere durch Annahme eines individuellen Angebots, durch Buchungsbestätigung, durch Bestätigung einer Online-Bestellung oder durch sonstige eindeutige Annahmeerklärung der Anbieterin zustande.
3. Art, Umfang, Dauer, Termine, Leistungsort, Preis und weitere Einzelheiten ergeben sich aus der jeweiligen Leistungsbeschreibung, dem Buchungsformular, dem individuellen Angebot oder der Buchungsbestätigung. Diese Angaben gehen bei Widersprüchen den allgemeinen Regelungen dieser AGB vor.
4. Die Anbieterin darf organisatorische oder inhaltlich unwesentliche Änderungen vornehmen, sofern der Gesamtcharakter und der Vertragszweck der Leistung erhalten bleiben und die Änderung für den Kunden zumutbar ist. Referentinnen, Referenten oder vergleichbare Mitwirkende können aus sachlichem Grund durch gleichwertig geeignete Personen ersetzt werden.
5. Soweit sachlich vertretbar und für den Kunden zumutbar, können einzelne Live-Termine aus wichtigem Grund von Präsenz auf Live-Online oder umgekehrt verlegt werden. Wesentliche Änderungen werden rechtzeitig mitgeteilt. Gesetzliche Rechte des Kunden bleiben unberührt.

## § 3 Preise, Umsatzsteuer und Zahlung

1. Es gelten die im jeweiligen Angebot, Buchungsformular oder Bestellprozess ausgewiesenen Preise. Gegenüber Verbrauchern werden Gesamtpreise einschließlich der jeweils anfallenden gesetzlichen Umsatzsteuer ausgewiesen, soweit die Leistung umsatzsteuerpflichtig ist. Gegenüber Unternehmern kann eine Netto-Preisangabe zuzüglich Umsatzsteuer erfolgen, wenn dies eindeutig kenntlich gemacht wird.
2. Rechnungen sind zu dem dort angegebenen Zeitpunkt fällig. Fehlt eine besondere Zahlungsfrist, ist der Rechnungsbetrag mit Zugang der Rechnung fällig.
3. Wurde Ratenzahlung vereinbart, sind die Raten zu den vereinbarten Terminen fällig. Die Ratenzahlung verändert nicht die vereinbarte Gesamtlaufzeit oder den Gesamtpreis, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde.
4. Gerät der Kunde mit einer fälligen Zahlung in Verzug, gelten die gesetzlichen Vorschriften. Die Anbieterin kann nach angemessener vorheriger Ankündigung den Zugang zu noch nicht erbrachten, nicht zwingend geschuldeten Leistungen oder geschützten Mitgliederbereichen vorübergehend sperren, soweit dies unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen angemessen ist. Bereits bestehende gesetzliche oder vertragliche Rechte bleiben unberührt.
5. Bei Zahlungen aus dem Ausland trägt der Kunde nur solche zusätzlichen Bank- oder Transaktionskosten, die ihm nach dem gewählten Zahlungsweg wirksam auferlegt werden können.

#### § 4 Termine, Mitwirkung und Nichtteilnahme

1. Der Kunde ist für die rechtzeitige Teilnahme sowie für die Erfüllung eigener technischer und organisatorischer Voraussetzungen verantwortlich, soweit diese vor Vertragsschluss transparent mitgeteilt wurden.
2. Nimmt der Kunde einen vereinbarten Termin oder eine gebuchte Leistung aus Gründen, die die Anbieterin nicht zu vertreten hat, nicht wahr, entfällt der Vergütungsanspruch der Anbieterin grundsätzlich nicht. Zwingende gesetzliche Rechte, insbesondere ein bestehendes Widerrufsrecht, bleiben unberührt.
3. Bei individuell vereinbarten Coaching-, Beratungs- oder Mentoringterminen gelten zusätzlich die im jeweiligen Angebot vereinbarten Terminabsage- oder Umbuchungsregelungen. Fehlt eine besondere Regelung, wird die Anbieterin sich um eine einvernehmliche Ersatzterminlösung bemühen; ein Anspruch auf einen Ersatztermin besteht nur, soweit dies vereinbart oder gesetzlich geschuldet ist.
4. Der Kunde ist verpflichtet, für die Durchführung der Leistung erforderliche Informationen wahrheitsgemäß und rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Die Verantwortung für eigene Entscheidungen und deren Umsetzung verbleibt beim Kunden.

#### § 5 Veranstaltungen, Retreats und Präsenzformate

1. Bei Präsenzveranstaltungen ist der Kunde grundsätzlich selbst für An- und Abreise, Unterkunft sowie persönliche Reisevoraussetzungen verantwortlich, sofern diese Leistungen nicht ausdrücklich Bestandteil des Angebots sind.
2. Hausordnungen des Veranstaltungsortes sowie angemessene Sicherheits- und Verhaltensregeln sind einzuhalten. Bei erheblichen oder wiederholten Störungen, Gefährdungen, rechtswidrigem Verhalten oder schwerwiegenden Verletzungen der Rechte anderer kann die Anbieterin den Kunden nach vorheriger Abmahnung von der weiteren Teilnahme ausschließen; bei besonders schweren Verstößen ist eine vorherige Abmahnung entbehrlich. Weitergehende gesetzliche Rechte bleiben unberührt.
3. Soweit eine Veranstaltung als Freizeitbetätigung zu einem spezifischen Termin oder Zeitraum gebucht wird, kann das gesetzliche Widerrufsrecht gemäß § 312g Abs. 2 Nr. 9 BGB ausgeschlossen sein. Ob diese Ausnahme im Einzelfall greift, richtet sich nach der konkreten Leistung. Der Kunde wird im Buchungsprozess entsprechend informiert.

#### § 6 Absage, Verlegung und höhere Gewalt

1. Die Anbieterin kann Termine aus wichtigem Grund absagen oder verlegen, insbesondere bei Erkrankung einer für die Leistung wesentlichen Person, Ausfall des Veranstaltungsortes, behördlichen Maßnahmen, technischen Großstörungen oder anderen von der Anbieterin nicht zu vertretenden Umständen.
2. Bei einer Verlegung wird ein zumutbarer Ersatztermin angeboten. Ist die Verlegung für den Kunden unzumutbar oder kann die geschuldete Leistung endgültig nicht erbracht werden, werden bereits gezahlte Entgelte für die nicht erbrachte Leistung erstattet. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
3. Bei höherer Gewalt ruhen die betroffenen Leistungspflichten für die Dauer und im Umfang der Beeinträchtigung, soweit die Leistung dadurch unmöglich oder unzumutbar erschwert wird. Die Parteien werden sich über eine angemessene Fortsetzung, Nachholung oder Beendigung abstimmen. Zwingende gesetzliche Rechte bleiben unberührt.

#### § 7 Coaching, Beratung, Mentoring und persönliche Begleitung

1. Coaching, Beratung, Mentoring und vergleichbare Begleitangebote sind – soweit nicht ausdrücklich anders vereinbart – Dienstleistungen. Ein bestimmter persönlicher, beruflicher, wirtschaftlicher oder sonstiger Erfolg wird nicht geschuldet.
2. Die Anbieterin gibt Impulse, Methoden, Einschätzungen und Unterstützung auf Grundlage der vereinbarten Leistung. Entscheidungen trifft der Kunde eigenverantwortlich.
3. Die Angebote ersetzen keine Rechts-, Steuer-, Anlage- oder medizinische Beratung und keine Psychotherapie, soweit eine solche fachgesetzlich vorbehaltene Leistung nicht ausdrücklich durch entsprechend befugte Personen vereinbart wird.
4. Bei akuten Krisen oder Sachverhalten, die eine fachärztliche, psychotherapeutische, rechtliche, steuerliche oder sonstige spezialisierte Beratung erfordern, ist der Kunde selbst dafür verantwortlich, geeignete Fachpersonen hinzuzuziehen.

## § 8 Qualifizierungen, Academy-Angebote und Fernunterrichtsschutzgesetz

1. Inhalt und Ablauf einer Qualifizierung ergeben sich ausschließlich aus der jeweiligen Leistungsbeschreibung und den individuell vereinbarten Vertragsunterlagen.
2. Soweit ein Angebot ein Zertifikat oder eine Teilnahmebescheinigung vorsieht, bestätigt dieses nur die in der Leistungsbeschreibung genannten Voraussetzungen und stellt keinen staatlich anerkannten Berufsabschluss dar, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes angegeben wird.
3. Ob ein konkretes Angebot dem Fernunterrichtsschutzgesetz (FernUSG) unterliegt, richtet sich nach seiner tatsächlichen vertraglichen Ausgestaltung und den gesetzlichen Voraussetzungen. Zwingende Vorschriften des FernUSG, insbesondere etwaige Zulassungserfordernisse, können durch diese AGB nicht ausgeschlossen werden.
4. Die Anbieterin kann Angebote so ausgestalten, dass Live-Präsenz, Live-Online-Austausch, Selbstlernmaterialien, persönliche Begleitung und sonstige Bestandteile miteinander kombiniert werden. Maßgeblich ist stets die konkrete Leistungsbeschreibung.

## § 9 Digitale Inhalte, Mitgliederbereiche und technische Verfügbarkeit

1. Bei digitalen Inhalten und Mitgliederbereichen erhält der Kunde für die vereinbarte Dauer ein einfaches, nicht übertragbares Recht zur persönlichen Nutzung. Zugangsdaten dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden.
2. Eine ununterbrochene Verfügbarkeit digitaler Systeme kann technisch nicht garantiert werden. Kurzzeitige, zumutbare Unterbrechungen wegen Wartung, Sicherheitsmaßnahmen, Störungen bei Drittanbietern oder Ereignissen außerhalb des Einflussbereichs der Anbieterin begründen für sich allein keinen Anspruch auf Minderung. Gesetzliche Rechte bei erheblichen oder dauerhaften Leistungsstörungen bleiben unberührt.
3. Soweit für digitale Produkte oder digitale Dienstleistungen die §§ 327 ff. BGB gelten, bleiben die dort geregelten Rechte des Verbrauchers, insbesondere hinsichtlich vertragsgemäßer Bereitstellung, Aktualisierungen und Abhilfen bei Produktmängeln, unberührt.
4. Bei kostenpflichtigen digitalen Inhalten, die nicht auf einem körperlichen Datenträger bereitgestellt werden, kann das Widerrufsrecht eines Verbrauchers unter den gesetzlichen Voraussetzungen vorzeitig erlöschen, wenn der Verbraucher ausdrücklich dem Beginn der Vertragserfüllung vor Ablauf der Widerrufsfrist zustimmt, seine Kenntnis vom Verlust des Widerrufsrechts bestätigt und die weiteren gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

## § 10 Community- und Clubangebote

1. Soweit ein Club- oder Community-Angebot kostenpflichtig ist, ergeben sich Laufzeit, Preis und Kündigungsbedingungen aus der jeweiligen Leistungsbeschreibung oder Buchungsbestätigung.
2. Bei kostenfreien Community-Angeboten besteht grundsätzlich kein Anspruch auf dauerhafte Bereitstellung bestimmter Inhalte, Funktionen oder Plattformen. Die Anbieterin kann kostenfreie Angebote mit angemessener Ankündigung verändern oder einstellen, soweit keine abweichende Vereinbarung besteht.
3. In Community-Bereichen ist ein respektvoller Umgang einzuhalten. Unzulässig sind insbesondere rechtswidrige Inhalte, gezielte Belästigung, die Verletzung von Persönlichkeits- oder Urheberrechten, unerlaubte Werbung sowie die Weitergabe vertraulicher Inhalte anderer Mitglieder.
4. Bei erheblichen oder wiederholten Verstößen kann die Anbieterin Inhalte entfernen, Funktionen einschränken oder den Zugang sperren. Bei kostenpflichtigen Verträgen bleiben die gesetzlichen Voraussetzungen einer Kündigung und sonstige Rechte des Kunden unberührt.

## § 11 Urheber- und Nutzungsrechte

1. Unterlagen, Texte, Videos, Audios, Methodenbeschreibungen, Workbooks, Grafiken, Präsentationen, Marken, Konzepte und sonstige Inhalte der Anbieterin sind urheber-, marken- oder sonst rechtlich geschützt, soweit Schutzrechte bestehen.
2. Der Kunde erhält, soweit nichts anderes vereinbart ist, ein einfaches, nicht übertragbares Nutzungsrecht ausschließlich für den eigenen persönlichen beziehungsweise internen geschäftlichen Gebrauch im Rahmen des Vertragszwecks.

3. Insbesondere die Vervielfältigung, Veröffentlichung, Weitergabe an Dritte, öffentliche Zugänglichmachung, Bearbeitung zur Weiterverbreitung, der Weiterverkauf oder die Nutzung zur Erstellung eigener Schulungs- oder Ausbildungsprodukte ist ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis nicht gestattet, soweit nicht eine gesetzliche Erlaubnis eingreift.
4. Soweit bei einer Qualifizierung besondere Lizenz- oder Nutzungsrechte an Methoden, Bezeichnungen, Logos oder Materialien eingeräumt werden, bedarf dies einer gesonderten Vereinbarung. Ein Zertifikat allein begründet keine darüber hinausgehenden Marken- oder Lizenzrechte.

## § 12 Foto-, Video- und Tonaufnahmen

1. Eigene Foto-, Video- oder Tonaufnahmen von Veranstaltungen oder geschützten Inhalten sind nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der vor Ort beziehungsweise im Angebot kommunizierten Regeln zulässig. Rechte anderer Teilnehmender sind zu beachten.
2. Personenbezogene Foto-, Video- oder Tonaufnahmen durch die Anbieterin zu Werbe- oder Veröffentlichungszwecken erfolgen nicht allein aufgrund dieser AGB. Soweit eine Einwilligung erforderlich ist, wird sie gesondert, freiwillig und transparent eingeholt. Gesetzliche Rechtsgrundlagen für Aufnahmen und Veröffentlichungen bleiben unberührt.
3. Eine erteilte Einwilligung kann im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen für die Zukunft widerrufen werden. Einzelheiten ergeben sich aus der jeweiligen Einwilligungserklärung und den Datenschutzhinweisen.

## § 13 Vertraulichkeit

1. Bei Coachings, Mentorings, Retreats, Gruppenformaten und Community-Angeboten können persönliche Informationen anderer Personen bekannt werden. Kunden werden gebeten, solche erkennbar vertraulichen Informationen nicht ohne Zustimmung der betroffenen Person nach außen zu tragen.
2. Gesetzliche Offenlegungs-, Auskunft- und Mitteilungspflichten bleiben unberührt.
3. Die Anbieterin behandelt vertrauliche Informationen des Kunden im Rahmen der gesetzlichen und vertraglichen Pflichten vertraulich.

## § 14 Datenschutz

1. Personenbezogene Daten werden nach den geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften verarbeitet.
2. Einzelheiten zu Verantwortlicher, Zwecken, Rechtsgrundlagen, Empfängern, Speicherdauer und Betroffenenrechten ergeben sich aus der jeweils aktuellen Datenschutzerklärung der Anbieterin.
3. Soweit für einzelne Leistungen zusätzliche datenschutzrechtliche Einwilligungen erforderlich sind, werden diese gesondert eingeholt.

## § 15 Widerrufsrecht für Verbraucher

1. Verbrauchern steht bei Fernabsatzverträgen und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen grundsätzlich ein gesetzliches Widerrufsrecht zu, soweit keine gesetzliche Ausnahme greift.
2. Die Anbieterin erteilt die gesetzlich erforderliche Widerrufsbelehrung und stellt das Muster-Widerrufsformular gesondert zur Verfügung. Diese AGB ersetzen die Widerrufsbelehrung nicht.
3. Verlangt ein Verbraucher ausdrücklich, dass eine Dienstleistung bereits während der Widerrufsfrist beginnt, können bei einem späteren Widerruf die gesetzlichen Regelungen zum Wertersatz greifen. Das Widerrufsrecht erlischt bei Dienstleistungen nur unter den gesetzlichen Voraussetzungen, insbesondere grundsätzlich erst bei vollständiger Leistungserbringung und den erforderlichen Erklärungen des Verbrauchers.
4. Für nicht auf einem körperlichen Datenträger bereitgestellte digitale Inhalte gelten für das vorzeitige Erlöschen des Widerrufsrechts die besonderen gesetzlichen Voraussetzungen.
5. Soweit Verträge über eine Online-Benutzeroberfläche abgeschlossen werden und die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, stellt die Anbieterin die gesetzlich vorgeschriebene elektronische Widerrufsfunktion bereit.

## § 16 Stornierung und Umbuchung

1. Ein gesetzliches Widerrufsrecht ist von einer vertraglichen Stornierungs- oder Umbuchungsmöglichkeit zu unterscheiden.

2. Soweit im jeweiligen Angebot besondere Stornierungs- oder Umbuchungsbedingungen vereinbart sind, gelten diese. Fehlen solche Bedingungen, besteht kein darüber hinausgehendes freies vertragliches Stornierungsrecht; gesetzliche Kündigungs-, Rücktritts- und Widerrufsrechte bleiben unberührt.
3. Die Benennung einer geeigneten Ersatzperson kann bei Veranstaltungen nach vorheriger Abstimmung zugelassen werden, soweit keine persönlichen Zulassungsvoraussetzungen, individualisierten Leistungen oder sonstigen sachlichen Gründe entgegenstehen.

## § 17 Haftung

1. Die Anbieterin haftet unbeschränkt bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit sowie bei schuldhafter Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit.
2. Bei leicht fahrlässiger Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht haftet die Anbieterin nur auf den vertragstypischen, bei Vertragsschluss vorhersehbaren Schaden. Wesentliche Vertragspflichten sind Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf.
3. Im Übrigen ist die Haftung für leichte Fahrlässigkeit ausgeschlossen, soweit gesetzlich zulässig.
4. Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch zugunsten der gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen der Anbieterin.
5. Zwingende gesetzliche Haftung, insbesondere nach dem Produkthaftungsgesetz, bleibt unberührt.

## § 18 Verbraucherstreitbeilegung

1. Soweit die Anbieterin gesetzlich zu einer Information nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz verpflichtet ist, erfolgt diese auf der Website und zusammen mit diesen AGB.
2. Sofern keine abweichende Erklärung auf der Website veröffentlicht ist, ist die Anbieterin weder verpflichtet noch bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen. Zwingende gesetzliche Verpflichtungen bleiben unberührt.

## § 19 Schlussbestimmungen

1. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Bei Verbrauchern gilt diese Rechtswahl nur, soweit dadurch der Schutz zwingender Bestimmungen des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts des Verbrauchers nicht entzogen wird.
2. Ist der Kunde Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist – soweit gesetzlich zulässig – der Geschäftssitz der Anbieterin Gerichtsstand. Gegenüber Verbrauchern gelten die gesetzlichen Gerichtsstände.
3. Änderungen und Ergänzungen individueller Vereinbarungen bedürfen keiner strengeren Form als gesetzlich vorgeschrieben. Individuelle Abreden haben Vorrang vor diesen AGB.
4. Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. An die Stelle unwirksamer Bestimmungen treten die gesetzlichen Regelungen.